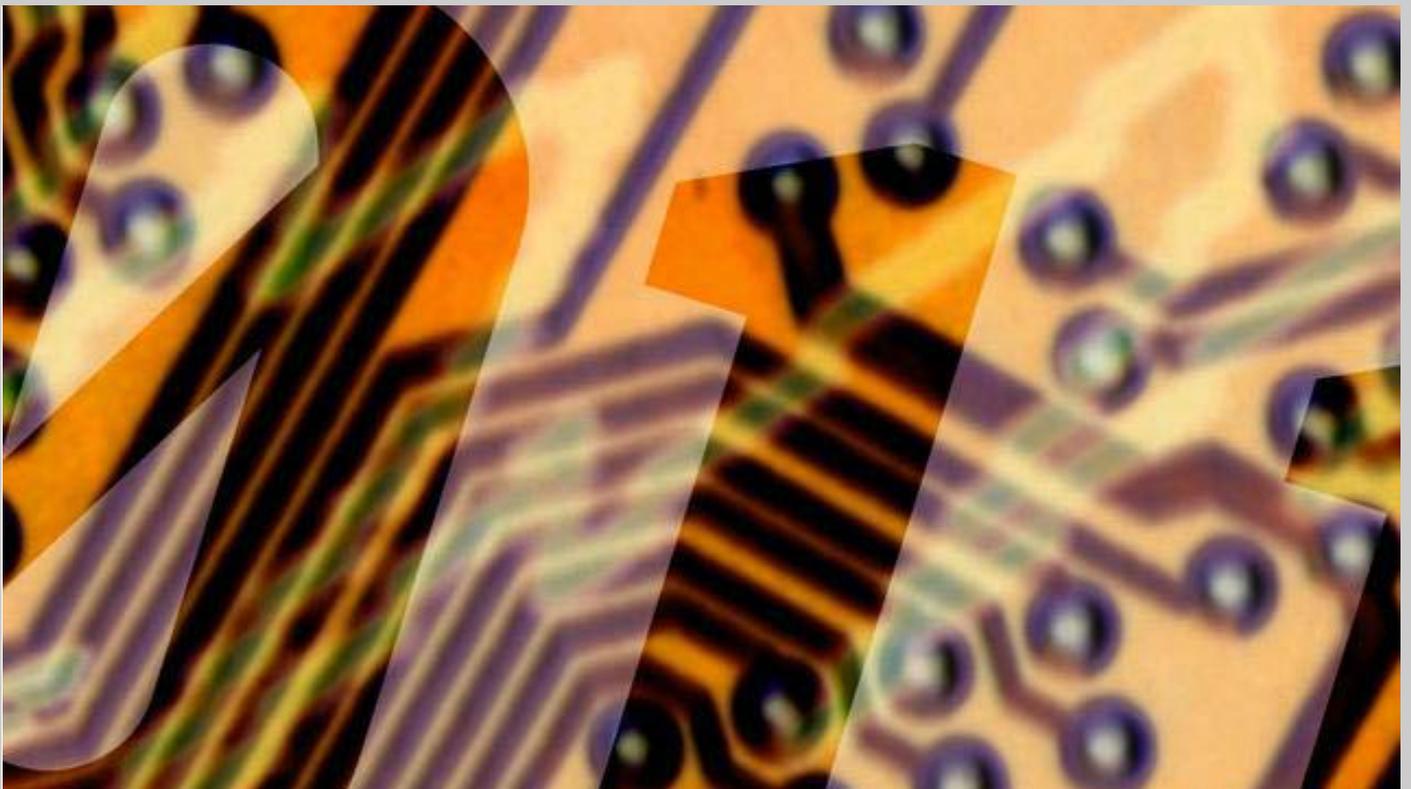


# INFORMATIONEN AUS DER AMTLICHEN STATISTIK

April - Juni



**2/2010**

Statistisches Bundesamt

**Informationen aus der amtlichen Statistik**  
**Nr. 2/2010**  
**April - Juni 2010**

Fotorechte: © Corbis/42-15515296 (RF)

**Herausgeber:** Statistisches Bundesamt, Wiesbaden, Geschäftsstelle des Statistischen Beirats.

Zur Information der Mitglieder des Statistischen Beirats.

Erscheinungsfolge: vierteljährlich

Erschienen im Juli 2010

© Statistisches Bundesamt, Wiesbaden 2010

Vervielfältigung und Verbreitung, auch auszugsweise, mit Quellenangabe gestattet.

<b>Inhalt</b>	<b>Seite</b>
Beiratsempfehlungen dem BMI übergeben	4
57. Tagung des Statistischen Beirats	5
5. Sitzung des Ausschusses für das Europäische Statistische System	5
OECD-Statistikausschuss (OECD-CSTAT)	6
Konferenz Europäischer Statistiker (CES)	8
Deutsch-Chinesisches Projekt „Statistische Gesetzgebung“	9
Besuch einer hochrangigen Delegation aus Brunei	10
Elektronische Informationsangebote und Veröffentlichungen	10
Jahresbericht 2009 erschienen	10
Hochschulen auf einen Blick, Ausgabe 2010	10
Bericht „Bildung in Deutschland 2010“	10
Broschüre „Frauen und Männer in verschiedenen Lebensphasen“ erschienen	11
Neue Veröffentlichung: Input-Output-Rechnung im Überblick	11
Strategie und Planung, internationale Beziehungen, Forschung und Kommunikation	11
Fachausschuss „Regionalstatistik“	11
Workshop „Zugang zu europäischen Mikrodaten“	12
Internationale Daten zur Urbanisierung veröffentlicht	13
Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen, Arbeitsmarkt, Preise	14
40. Tagung des Arbeitskreises „Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen der Länder“	14
Unternehmensregister, Verdienste, Industrie, Dienstleistungen	14
Fachausschuss „Statistik im Produzierenden Gewerbe“	14
Arbeitskosten und Lohnnebenkosten 2009	15
Gesundheit, Soziales, Bildung, Private Haushalte	16
Workshop „Indikatorensysteme der Gesundheitsberichterstattung“	16
Ausgaben für Gesundheit 2008	17
20 Jahre Kinder- und Jugendhilfegesetz	17
Modellrechnung zum Ausbaubedarf bei Kindertagesbetreuung in den Ländern bis 2013	18
Organisatorische Änderungen im Statistischen Bundesamt	18
Personalnachrichten	19

## **Anhang**

Organisationsplan des Statistischen Bundesamtes, Stand: Juli 2010

Tagungskalender

## Beiratsempfehlungen dem BMI übergeben



Am 20. April 2010 übergab Präsident Roderich Egeler in Berlin das [Eckpunktepapier des Statistischen Beirats](#) an die Staatssekretärin im BMI, Cornelia Rogall-Grothe. Eine Delegation von vier Beiratsmitgliedern begleitete ihn. In dem sehr offenen Gespräch wurden die Empfehlungen zur Weiterentwicklung der amtlichen Statistik in der 17. Legislaturperiode intensiv diskutiert. Ausführlich wurde dabei unter anderem auf die Themen „Online-Erhebungen“, „Georeferenzierung“, „Zusammenarbeit mit der Wissenschaft“ und „Eurostat“ eingegangen.

Aus Gründen einer stärkeren Fokussierung sind die Empfehlungen in dem neuen Papier vier Handlungsfeldern zugeordnet: (1) Rechtlicher Rahmen, (2) Entlastung durch effiziente Prozesse, (3)

Qualität und Methodik sowie (4) neue Informationsfelder/Erweiterung bestehender.

Die Eckpunkte in Kürze:

Der Beirat empfiehlt zunächst die Reform des „rechtlichen Rahmens“ der Bundesstatistik. Unter der Überschrift „effiziente Prozesse“ rät er, Unternehmen und öffentliche Verwaltung zur Online-Meldung zu verpflichten, sowie einen Vorrang der Verwaltungsdatennutzung unter der Bedingung, dass die statistischen Ämter stärkeren Einfluss auf das Zustandekommen der Verwaltungsdaten erhalten. Besonders wichtig sind hierbei „Qualität und Methodik“, denen der Beirat einen eigenen Abschnitt widmet. „Neue Informationsfelder/Erweiterung bestehender“, der letzte Abschnitt des Eckpunktepapiers, nennt die inhaltlichen Herausforderungen an die Statistik, darunter: UGR ausbauen, Zeitbudgeterhebung durchführen und Einkommensverteilung nach sozio-ökonomischen Haushaltsgruppen ermitteln. Informationen hierzu sollen vor allem über Indikatorensets verbreitet werden.

Das Eckpunktepapier wurde nach der Übergabe an die Staatssekretärin per Pressemitteilung und im Internet auf der Webseite des Statistischen Beirats veröffentlicht. Auch die für Statistik zuständigen beamteten Staatssekretäre der Bundesressorts haben mit einem Begleitschreiben jeweils ein Druckexemplar am 19. Mai 2010 erhalten. Die [Pressemitteilung](#) kann im Internet abgerufen werden.



Quelle: BMI, Leitungsstab – Referat Presse, Internet / Hans-Joachim M. Rickel

v.l.n.r.: Martin Stuber (DGB), Dr. Klaus Reeh (Eurostat), Dr. Hans-Joachim Haß (BDI), Cornelia Rogall-Grothe (Staatssekretärin im BMI), Roderich Egeler (Präsident des Statistischen Bundesamtes) und Prof. Dr. Gert G. Wagner (DIW)

## 57. Tagung des Statistischen Beirats



Am 15. Juni 2010 traf sich der Statistische Beirat zu seiner 57. Tagung im Gerhard-Fürst-Saal des Statistischen Bundesamtes in Wiesbaden.

Schwerpunkte der Jahrestagung waren die Vorbereitung des registergestützten Zensus 2011, die Weiterentwicklung des Statistischen Programms, die Empfehlungen der Stiglitz-Kommission sowie Folgerungen aus dem Eckpunktepapier des Statistischen Beirats, das am 20. April 2010 der Staatssekretärin Rogall-Grothe im BMI übergeben wurde. Außerdem forderte der Beirat die Vorbereitung einer neuen Zeitbudgeterhebung und richtete zur Erstellung eines Angebots eine Arbeitsgruppe unter Federführung des Statistischen Bundesamtes ein. Ziel ist die Untersuchung des Nutzerbedarfs und der Machbarkeit einer neuen Zeitbudgeterhebung in Deutschland sowie die Vorklärung von Erhebungszielen und Finanzierungsmöglichkeiten. Über Entwicklungen in der europäischen und internationalen Statistik berichteten der Staatssekretär a. D. und ehemalige Amtsleiter Johann Hahlen als Mitglied des europäischen Beratungsgremiums für die statistische Governance (ESGAB) sowie der Chefvolkswirt des BDI und Vertreter von BUSINESSEUROPE im Europäischen Statistischen Beratungsgremium (ESAC), Dr. Hans-Joachim Haß.

Darüber hinaus informierte das Statistische Bundesamt über die Reorganisation des Hauses, das Bund-Länder-Projekt „Reform der Unternehmensstatistik“, die Machbarkeitsstudie bzgl. einer Personenbefragung zur betrieblichen Altersvorsorge und die Entwicklung regionaler Preisindizes. Der Statistische Beirat begrüßte die erzielten Fortschritte bei den laufenden Projekten.

Der Vorsitzende der Zensuskommission, Prof. Dr. Gert G. Wagner, berichtete über die aktuellen Arbeiten der Kommission. Mit seiner Pressemitteilung [„Zensus 2011: innovativ und kostengünstig“](#) unterstützt der Statistische Beirat das derzeit wichtigste Großprojekt der amtlichen Statistik.

Mit Blick auf die Empfehlungen der Stiglitz-Kommission hat der Statistische Beirat die Diskussion über die Weiter-

entwicklung des statistischen Berichtssystems begrüßt und die Bundesregierung gebeten, diese außerordentlich wichtigen Arbeiten im erforderlichen Umfang sicherzustellen.

## 5. Sitzung des Ausschusses für das Europäische Statistische System

Am 20. Mai 2010 fand die 5. Sitzung des Ausschusses für das Europäische Statistische System (ESS-Ausschuss) statt. Auf der Tagesordnung standen vier Statistikrechtsakte und eine Reihe von strategischen Fragen.

Der ESS-Ausschuss stimmte den Entwürfen von vier Statistikrechtsakten zu:

- Entwurf einer Verordnung der Kommission zur Änderung der Verordnung (EG) Nr. 2150/2002 zur **Abfallstatistik**
- Entwurf einer Verordnung der Kommission zur Durchführung und Änderung der Verordnung (EG) Nr. 1099/2008 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 22. Oktober 2008 über die **Energiestatistik** hinsichtlich der Zusammenstellung der jährlichen Atomenergie-Statistiken und der Anpassung der Verweise auf die Methodik der NACE Rev. 2
- Entwurf einer Verordnung der Kommission über eine Statistik zur **Beteiligung von Erwachsenen am lebenslangen Lernen** (Erhebung über die Erwachsenenbildung – Adult Education Survey – AES)
- Entwurf einer Verordnung der Kommission über die Statistik der **betrieblichen Bildung** (Erhebung über die berufliche Weiterbildung – Continuing Vocational Training Survey – CVTS)

Der ESS-Ausschuss stimmte der allgemeinen Zielrichtung des von Eurostat vorgelegten ersten Strategiepapiers zur Implementierung der Vision zur zukünftigen Erstellung von EU-Statistiken zu. Dieses befasst sich mit den statistischen Produktionsprozessen. Die Mitgliedstaaten wiesen ausdrücklich darauf hin, dass entgegen den Aussagen des Strategiepapiers keine kurzfristigen Effizienzgewinne zu erwarten seien. Vielmehr sind erhebliche Anfangsinvestitionen für das gesamte System notwendig, während sich mögliche Effizienzgewinne nur mittel- bis langfristig ergeben. Sie fordern nun eine konkrete Planung für die weiteren Schritte. Intensiv wurde der neue europäische Rechtsrahmen diskutiert, der in dem Strategiepapier als wesent-

liche Komponente bei der Umsetzung der Vision aufgeführt wird. Eurostat sagte zu, die enge Partnerschaft mit den Mitgliedstaaten auch bei den neuen delegierten Rechtsakten fortzuführen. Bezüglich der Finanzierung plant Eurostat, größere Investitionsprojekte entlang der Strategie aufzulegen. Bei der weiteren Umsetzung der Strategie wird der statistischen Geheimhaltung voll Rechnung getragen. Auf Basis der umfangreichen Diskussion wird Eurostat nun mit dem Jahresprogramm 2011 und dem nächsten Mehrjahresprogramm 2013–2017 die statistische Programmplanung zur Umsetzung der Strategie mit konkreter (auch negativer) Prioritätensetzung entwickeln.

Der ESS-Ausschuss unterstützte die Arbeiten am Jahresprogramm 2011, das die politischen Prioritäten widerspiegelt. Alle Mitgliedstaaten wiesen jedoch auf die massiven Haushaltsrestriktionen im Jahr 2011 hin. Alle Ressourcen in den statistischen Ämtern sind auf den Zensus 2011 ausgerichtet. Vor diesem Hintergrund wird das Jahresprogramm als zu ambitioniert und zu teuer gesehen. Eurostat wurde von den Mitgliedstaaten gebeten, mitzuteilen, welche Investitionsprojekte zur Umsetzung der Strategie im Jahresprogramm 2011 vorgesehen seien. Eurostat seinerseits bat die Mitgliedstaaten um Nennung von konkreten negativen Prioritäten in der kommenden Sitzung der Arbeitsgruppe „ESS-Programmplanung und -koordinierung“. Eurostat wird dem ESS-Ausschuss im Oktober/November 2010 die Endversion des Jahresprogramms 2011 vorlegen. Die DGINS-Konferenz 2010 in Sofia wird sich mit der Methodik der Prioritätensetzung im Kontext des neuen Mehrjahresprogramms befassen.

Der ESS-Ausschuss nahm den Bericht über die ESSnet-Projekte 2009–2010 zur Kenntnis und stimmte den für 2011 vorgesehenen elf Projekten zu. Die neue ESS-Strategie sieht ESSnet-Projekte als ein zentrales Instrument zur Weiterentwicklung der statistischen Produktionsprozesse vor. Das weitere Vorgehen zu den ESSnets wird in der Oktober-Sitzung des ESS-Ausschusses diskutiert.

Vorgelegt wurden die Mandate der Direktorengruppen für Makroökonomie, IT und Sozialstatistiken. Der ESS-Ausschuss vereinbarte, die Mandate der einzelnen Gruppen zu vereinheitlichen und zu standardisieren. Es ist vorgesehen, dass die Direktorengruppen zukünftig zweimal jährlich tagen.

Beim Census Hub, der neuen IT-Architektur für europäische Zensusdaten, sind inzwischen sechs Mitgliedstaaten online. Eurostat plant, den Census Hub als Standardisie-

rungsmaßnahme ESS-weit einzusetzen. Beim Zensus-Warnsystem, der Zensus-Ampel, stehen derzeit zehn Mitgliedstaaten auf orange – darunter auch Deutschland aufgrund von Zeitverzögerungen beim Anschriften- und Gebäuderegister.

Hinsichtlich der Unterstützung Griechenlands wird Eurostat im Dialog mit der Partnerschaftsgruppe ein Konzept für die fachliche und technische Unterstützung des griechischen Statistik-Systems entwickeln.

Eurostat informierte, dass im Zusammenhang mit der Kommissionsstrategie EUROPA 2020 eine entsprechende statistische Verordnung geplant ist. Die Sponsorship-Gruppe „Messung von Fortschritt, Wohlbefinden und nachhaltiger Entwicklung“ wird sich ebenfalls mit EUROPA 2020 befassen. Hierfür wurde eine vierte Task Force unter der Leitung des Generaldirektors von Eurostat, Walter Radermacher, gegründet.

Eurostat informierte, dass derzeit Gutachten zur neuen europäischen Rechtsetzung – Basisrechtsakte, delegierte Rechtsakte – in Arbeit sind. Alle Mitgliedstaaten fordern, dass die Planungssicherheit, vor allem in Bezug auf die finanziellen Belastungen, gewährleistet sein muss. Eurostat betonte, dass auch bei Wegfall der Abstimmung bei den delegierten Rechtsakten die bisherige enge Partnerschaft mit den Mitgliedstaaten unverändert beibehalten werden sollte, eine gewisse Flexibilität müsse aber mit dem neuen Instrument verbunden sein.

Die nächste Sitzung des ESS-Ausschusses findet am 1. Oktober 2010 in Sofia, Bulgarien, statt.

## OECD-Statistikausschuss (OECD-CSTAT)

Am 7. und 8. Juni 2010 tagte in Paris der OECD-Statistikausschuss („Committee on Statistics“) unter der Leitung von Brian Pink, dem Leiter des australischen Statistischen Amtes.

Wichtigste Aufgaben des 2004 auf Amtsleitersebene eingerichteten OECD-Statistikausschusses sind:

- Empfehlungen zur Ausrichtung der Statistikpolitik der OECD
- Sicherstellung hoher Qualitätsstandards der OECD-Statistiken
- Genehmigung methodischer Empfehlungen und Abstimmung gemeinsamer Standards
- Budget- und Programmplanung

Derzeitige Leiterin der OECD-Statistikabteilung in Paris ist Frau Martine Durand. Sie hat Herrn Enrico Giovannini abgelöst, der die Leitung des italienischen Statistischen Amtes übernommen hat.

Die OECD feiert im kommenden Jahr ihr 50-jähriges Bestehen. Die Statistikabteilung wird anlässlich dieses Ereignisses vielfältige Publikationen und Informationen bereitstellen.

Wichtigste Themen der Sitzung waren die Diskussion über die strategische Ausrichtung der statistischen Arbeiten der OECD und die Verabschiedung des Arbeits- und Budgetplans für die Jahre 2011 und 2012. Diskutiert wurden darüber hinaus insbesondere die Mitwirkung der OECD bei der Umsetzung der Empfehlungen der Stiglitz-Kommission, die Fortschrittsberichte im OECD-Projekt zur Messung des gesellschaftlichen Fortschritts, die Entwicklung von Indikatoren für eine „Green Growth Strategie“ und die Arbeiten zur methodischen Weiterentwicklung der Finanzstatistiken im Zusammenhang mit den Auswirkungen der globalen Wirtschafts- und Finanzkrise. Weitere Themen auf der Tagesordnung waren die Berichte über den Stand der Arbeiten an der OECD-Datenbank zur Wanderung, die Nutzung von SDMX (Statistical Data and Metadata Exchange) für den Daten- und Metadaten austausch und die OECD-Projekte zur Entwicklung von Indikatoren zur Messung von Innovationen bzw. zur Unternehmensdemographie.

Das Arbeitsprogramm der OECD für die Jahre 2011/12 berücksichtigt die strategischen Zielvorgaben des Generalsekretariats und der diesjährigen Ministerkonferenz sowie die internen Anforderungen der Fachdirektorate der OECD. Dabei wurden sechs Kernbereiche für das Arbeitsprogramm festgelegt:

- Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen und Kaufkraftparitäten
- Leitindikatoren zur Messung des wirtschaftlichen Fortschritts
- Indikatoren zur Messung des internationalen Handels und des Wettbewerbs
- Unternehmensstatistik und Globalisierung
- Arbeitsmarkt- und Haushaltsstatistiken
- Koordination der Arbeiten der OECD-Statistikabteilung

Das Arbeitsprogramm ist in wesentlichen Teilen an der Umsetzung der Empfehlungen der Stiglitz-Kommission zur Messung des ökonomischen und sozialen Fortschritts

ausgerichtet. Dies kommt auch in der Prioritätensetzung für fünf neue Aktivitäten und Forschungsprojekte (aus zehn Vorschlägen) zum Ausdruck. Die Delegationen der Mitgliedstaaten (MS) begrüßten einvernehmlich die strategische Ausrichtung des Gesamtprogramms und seine stärkere Fokussierung auf die Umsetzung der Empfehlungen der Stiglitz-Kommission. Hierbei wird eine enge Zusammenarbeit auf inter- und supranationaler Ebene mit entsprechenden Initiativen der Vereinten Nationen und des Europäischen Statistischen Systems (ESS) angestrebt. Die Statistikabteilung der OECD ist bereits in die Arbeiten einer hochrangigen Task Force (Sponsorship-Gruppe „Messung von Fortschritt, Wohlbefinden und nachhaltiger Entwicklung“) auf europäischer Ebene eingebunden.

Der Budgetplan für die Jahre 2011/12, der eine Kostenreduzierung um einen Prozent gegenüber dem laufenden Haushalt vorsieht, berücksichtigt diese Schwerpunktsetzung, auch durch die Finanzierung der neuen Projekte aus OECD-Haushaltsmitteln.

Die OECD befasst sich seit einigen Jahren mit dem Projekt zur Messung des gesellschaftlichen Fortschritts und berichtete über den Sachstand. 2004, 2007 und 2009 fanden hierzu drei Weltkonferenzen in Palermo (Italien), Istanbul (Türkei) und Busan (Südkorea) statt, an denen Vertreter der Politik, der Wissenschaft und der amtlichen Statistik teilnahmen. Am Rande der Weltkonferenz in Busan tagte zum ersten Mal eine das Projekt seitens der OECD-Mitgliedstaaten begleitende Koordinierungsgruppe, in der für Deutschland Vertreter des Bundesministeriums für Wirtschaft und Technologie, des Statistischen Bundesamtes und des Rates für Sozial- und Wirtschaftsdaten mitwirkten. Die wesentlichen Beiträge der Statistikabteilung der OECD beziehen sich in dem Projekt auf die Nutzung bestehender Statistiken sowie auf die Weiterentwicklung der statistischen Grundlagen in den drei von der Stiglitz-Kommission genannten Bereichen verbesserte Wirtschaftsindikatoren, Lebensqualität sowie Nachhaltigkeit und Umwelt. Der Statistikausschuss betonte ausdrücklich die Bedeutung dieses Querschnittsprojekts und begrüßte die Einbindung in das Arbeitsprogramm 2011/12 unter Prioritätsgesichtspunkten. Von besonderer Bedeutung ist hier die enge Zusammenarbeit mit der Sponsorship-Gruppe auf europäischer Ebene zur Erzielung von Synergieeffekten und zur Vermeidung von Doppelarbeiten.

Die im Juni 2009 vom OECD-Ministerrat beschlossene „Green Growth Strategie“ für ein nachhaltiges ökonomi-

ches Wachstum ist eng verbunden mit dem Querschnittsprojekt der OECD zur Messung des gesellschaftlichen Fortschritts, in dem zusätzliche Verteilungsaspekte (z. B. Indikatoren zu Haushaltseinkommen und deren Verteilung) sowie umweltbezogene Lebensqualität beleuchtet werden sollen. Für die Entwicklung von Indikatoren zur Messung des Zielerreichungsgrades der Strategie für ein nachhaltiges ökologisches Wachstum werden fünf Bereiche unterschieden:

- Produktion und Umwelt
- Konsum und Umwelt
- Natürliche Ressourcen
- Lebensqualität und Umwelt
- Politische Maßnahmen und Instrumente

Der Statistikausschuss begrüßte die Zielsetzung der Strategie im Bereich der Statistik, insbesondere im Zusammenhang mit den Aktivitäten zur Umsetzung der Empfehlungen der Stiglitz-Kommission.

Der Statistikausschuss nahm den Zwischenbericht der OECD-Statistikabteilung zur methodischen Weiterentwicklung im Bereich der Finanzstatistik zur Kenntnis. Der Ausschuss begrüßte die Entscheidung, die weiteren Initiativen der zuständigen Arbeitsgruppe unter die Leitung des Statistikausschusses zu stellen. Die weitere enge Zusammenarbeit mit dem Ausschuss für Finanzmanagement (Committee on Financial Management) und der Arbeitsgruppe für Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen wurde als zwingend erforderlich angesehen.

Die Leiter der Statistikämter Spaniens und Dänemarks wurden als neue Mitglieder des Vorstands des OECD-Statistikausschusses (CSTAT-Büro) für den Zeitraum bis Ende 2011 gewählt. Ausgeschieden sind die Leiter des finnischen und des türkischen Statistikamts. Ab 2012 gilt ein neuer Wahlmodus für das CSTAT-Büro, der sich an den generell in der OECD gültigen Regeln für Vorstandswahlen der Fachausschüsse ausrichtet.

## Konferenz Europäischer Statistiker (CES)

Vom 8. bis 10. Juni 2010 fand unter dem Vorsitz von Heli Jeskanen-Sundström, Finnland, die 58. Plenarsitzung der Konferenz Europäischer Statistiker (CES) in Paris statt. Die CES ist ein hochrangiges Statistikgremium der Regionalkommission der UN für Europa und nimmt eine Zwischenstellung zwischen UN- und EU-Ebene ein. Die Leiterinnen

und Leiter der Statistikämter beraten in ihren jährlichen Sitzungen u. a. über das statistische Arbeitsprogramm der Wirtschaftskommission der Vereinten Nationen für Europa (ECE). Daneben konzentrieren sich die CES-Sitzungen jeweils auf zwei Seminar-Themen, die unter Beteiligung der Mitgliedstaaten gewählt werden.

Im Mittelpunkt der diesjährigen Tagung standen die Seminarthemen „Raumbezug statistischer Daten“ sowie „Auswirkungen der globalen Wirtschafts- und Finanzkrise auf die Statistiksysteme“.

Die Nutzung georeferenzierter Daten gewinnt in der amtlichen Statistik größere Bedeutung. Das Seminar gliederte sich in die Themen „Nutzung geographischer Gittersysteme in der amtlichen Statistik“ und „Raumanalyse: ein Instrument zur Kombination geographischer mit statistischer Information und deren Verbreitung“. Finnland verbreitet seit 1970 Zensusdaten im 1 km<sup>2</sup>-Gitter. Die methodischen und technischen Herausforderungen bei der Implementierung wurden ebenso dargestellt wie die Themen Geheimhaltung und Datenqualität. Auch Aktivitäten im Bereich der internationalen Harmonisierung der geographischen Gittersysteme sind angesprochen worden. Schweden erläuterte den Einsatz des webfähigen Tools Explorer bei der Analyse von Statistiken im Bereich „small area statistics“. Als Hintergrundkarte wird eine Google-Karte genutzt und mit der Software „GapMinder“ werden Animationen erzeugt. Die Niederlande haben im Rahmen des Projekts [„neighbourhood statistics“](#) ebenso die Karten von Google in das Präsentationssystem integriert. Zusammenfassend lässt sich festhalten, dass es heute auf dem Markt gute Werkzeuge und leistungsstarke IT im Bereich der Internetkartographie und der raumbezogenen Analyse gibt. Da zurzeit jedoch viele Akteure in diesen Prozess eingebunden sind, ist eine Standardisierung und Harmonisierung auf diesem Gebiet unabdingbar. In Europa wird dies durch die INSPIRE-Richtlinie geregelt.

Das Seminar „Auswirkungen der globalen Wirtschafts- und Finanzkrise auf die Statistiksysteme“ wurde von der Leiterin der Statistikabteilung des Internationalen Währungsfonds (IWF), Adelheid Burgi-Schmelz, geleitet. Die Auswirkungen der Finanzkrise wurden unter dem Aspekt von Datenlücken in der Finanzstatistik im Bereich der Finanzmärkte, insbesondere bei den nur schwer zu erfassenden internationalen Verpflichtungen diskutiert. Darüber hinaus wurde im Zusammenhang mit der globalen Krise die häufig gestellte Forderung einer schnelleren Lieferung von Daten erörtert. Diese Forderung muss aber auch unter dem As-

pekt der Datenqualität bewertet werden. Ein Lösungsansatz wurde auch darin gesehen, statistische Daten in einer ganz neuen Form zu präsentieren. Sogenanntes „statistical story telling“ soll eingesetzt werden, um über die bessere visuelle Darstellung der Daten Anomalien frühzeitiger zu erkennen. Einen breiten Raum nahm das Thema „data sharing“ zwischen den statistischen Ämtern und den Banken ein. Nur durch die frühzeitige Verbindung dieser beiden Datenräume ist ein besseres Verständnis der realen Welt und der Finanzwelt möglich. Auch wurde diskutiert, ob zusätzliche Merkmale, Indikatoren oder Erhebungen notwendig sind, um die Wirksamkeit von Maßnahmen bei Wirtschafts- und Finanzkrisen statistisch genauer zu erfassen.

Im Rahmen der Erörterungen neuer Arbeitsfelder, mit denen sich die Konferenz Europäischer Statistiker befassen möchte und einen Handlungsbedarf sieht, präsentierte ein Vertreter des Statistischen Bundesamtes die wichtigsten Ergebnisse des „in-depth review“ zu Zeitbudgeterhebungen. In dem Bericht hat Deutschland auf Bitte des CES-Büros die Methode und die Inhalte der letzten in Finnland, Deutschland sowie den Vereinigten Staaten von Amerika durchgeführten Zeitbudgeterhebungen vergleichend analysiert und Empfehlungen für die Durchführung neuer Zeitbudgeterhebungen zu Beginn der laufenden Dekade angesprochen. In der Diskussion sprachen sich die Delegationen der ECE-Mitgliedstaaten einvernehmlich für die Durchführung von Zeitbudgeterhebungen zu Beginn der laufenden Dekade aus. Insbesondere steht dieses Erfordernis in engem Zusammenhang mit den Empfehlungen der Stiglitz-Kommission zur Messung des ökonomischen und sozialen Fortschritts, für deren Umsetzung Zeitbudgeterhebungen über Personen und Haushalte einen wichtigen Baustein darstellen. Deutschland wurde aufgefordert, den Bericht unter Berücksichtigung der Diskussionsbeiträge zu aktualisieren und dem CES-Büro einen Vorschlag zu unterbreiten, wie das Thema im Bereich der ECE weiter behandelt werden sollte.

Der Leiter der UN-Statistikabteilung, Paul Cheung, berichtete über wichtige Arbeitsfortschritte seit der letzten Sitzung der Statistischen Kommission der Vereinten Nationen im Februar 2010: Das erste Global Geo-Forum wird 2011 in Südkorea stattfinden und die Generalversammlung der UN hat eine Resolution zur Veranstaltung des „World Statistics Day 2010“ am 20. Oktober 2010 verabschiedet. Hierzu haben bereits 50 Länder und eine Vielzahl internationaler Institutionen ihre Beteiligung zugesagt. Außerdem präsen-

tierte Herr Cheung die Veröffentlichung des Handbuchs zum „System of National Accounts 2008“.

## **Deutsch-Chinesisches Projekt „Statistische Gesetzgebung“**

Das seit 2006 durchgeführte deutsch-chinesische Projekt wurde durch den Besuch einer Delegation des Nationalen Statistikamtes der Volksrepublik China unter der Führung von Liu Heng, dem stellvertretenden Leiter der Abteilung für Strategie und Gesetzgebung, vom 16. bis 22. Mai 2010 fortgesetzt.

Nachdem die erste Phase des Projekts von 2006 bis 2008, die sich mit Inhalt und Zweck deutscher statistischer Rechtsvorschriften befasste, erfolgreich abgeschlossen wurde und das novellierte chinesische Statistikgesetz am 1. Januar 2010 in Kraft getreten ist, konzentriert sich der Dialog in der zweiten Phase, die von 2009 bis 2011 terminiert ist, auf die Anwendung und Durchführung von Statistikgesetzen.

Nach der Begrüßung der Delegation referierten Experten des Statistischen Bundesamtes zu den Themen „Statistische Geheimhaltung“, „digitale Archivierung von Mikrodaten“ und „Tabellengeheimhaltung“.

Im Hessischen Statistischen Landesamt begrüßte Präsident Eckart Hohmann die chinesischen Gäste. Andreas Büdinger, Leiter der Abteilung Bildung, Bevölkerung, Rechtspflege und Wahlen, stellte das Hessische Statistische Landesamt vor und informierte die Gäste über den Bereich der Hochschulstatistiken.

Am letzten Tag des Studienaufenthaltes verabschiedete Präsident Roderich Egeler die chinesische Delegation. Präsident Egeler und der chinesische Delegationsleiter Herr Liu würdigten die langjährige und erfolgreiche Kooperation zwischen beiden nationalen statistischen Ämtern. Herr Liu bezeichnete die Verabschiedung des neuen chinesischen Statistikgesetzes als enormen Fortschritt, nicht zuletzt deshalb, weil dort die statistische Geheimhaltung nunmehr ausdrücklich geregelt sei. Präsident Egeler betonte, dass die Zusammenarbeit eine Partnerschaft auf Augenhöhe sei und beide Seiten voneinander lernen können.

Bei der abschließenden Evaluierung bewertete der chinesische Delegationsleiter den Studienaufenthalt als sehr erfolgreich und zielorientiert. Durch den intensiven Mei-

nungsaustausch habe man weitere wichtige Informationen über die deutschen statistischen Rechtsvorschriften erhalten, die für die Umsetzung des neuen chinesischen Statistikgesetzes durch entsprechende Durchführungsbestimmungen eine nützliche Hilfe darstellen.

Für den geplanten Gegenbesuch in China hat die chinesische Seite folgende Themen vorgeschlagen: Zugang der Wissenschaft zu Einzeldaten, Erhebungen für besondere Zwecke der Ministerien sowie Zusammenarbeit der amtlichen Statistik mit Meinungs- und Wirtschaftsforschungsinstituten.

## Besuch einer hochrangigen Delegation aus Brunei

Präsident Roderich Egeler empfing am 18. Mai 2010 den Staatssekretär des bruneiischen Wirtschaftsministeriums Haji Murni Haji Mohamed und seine Delegation. Der Besuch fand im Rahmen eines Projektes des Consulting-Unternehmens des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung (DIW econ) statt. Leiter der vierköpfigen Abordnung war Prof. Dr. Reiner Stäglin. Ziel des Besuches war es, den Aufbau und die Organisation des Statistischen Bundesamtes sowie die Struktur und Arbeitsweise der amtlichen Statistik kennenzulernen.

## Elektronische Informationsangebote und Veröffentlichungen

### Jahresbericht 2009 erschienen



In neuem Layout dokumentiert der Jahresbericht Leistungsschwerpunkte unseres Hauses im Jahr 2009. Sowohl die Durchführung der Europa- und der Bundestagswahl als auch die Planung und Organisation des registergestützten Zensus 2011 waren im vergangenen Jahr große Herausforderungen.

Weitere Beiträge beleuchten die Pressearbeit des Statistischen Bundesamtes, neue Onlineveröffentlichungen sowie die Neuausrichtung der amtlichen Statistik in Deutschland und des Europäischen Statistischen Systems.

Betrachtet wurden außerdem neue Informationsangebote aus den Fachstatistiken und aktuelle, auf internationalen Tagungen diskutierte Themen, wie z. B. die weltweite Finanzmarkt- und Wirtschaftskrise bzw. ihre zahlenmäßige Erfassung.

Zu den Highlights 2009 gehört auch der „Tag der offenen Tür“ anlässlich der Rückkehr in das sanierte Hauptgebäude in Wiesbaden. Zudem wird das zehnjährige Bestehen der Dienststellen des Statistischen Bundesamtes in Bonn und Berlin gewürdigt.

Der Jahresbericht steht kostenfrei im Internetangebot des Statistischen Bundesamtes ([www.destatis.de](http://www.destatis.de)) zur Verfügung.

### Hochschulen auf einen Blick, Ausgabe 2010



Wie hoch ist die Studienanfängerquote? Wie hat sich das zahlenmäßige Verhältnis zwischen Lehrpersonal und Studierenden entwickelt? Wie viele Menschen beenden erfolgreich ihr Studium?

Diese und andere statistische Kennzahlen zu den Themen Studienanfänger, Absolventen, Personalstruktur, überregionale Attraktivität und finanzielle Ausstattung der Hochschulen werden in der Broschüre „Hochschulen auf einen Blick, Ausgabe 2010“ zusammengefasst und anschaulich beschrieben. Sie steht im Internetangebot des Statistischen Bundesamtes zum kostenlosen Download zur Verfügung ([www.destatis.de](http://www.destatis.de)).

### Bericht „Bildung in Deutschland 2010“



Der dritte Bildungsbericht liefert eine umfassende Bestandsaufnahme des deutschen Bildungssystems von der frühkindlichen Bildung, Betreuung und Erziehung bis hin zu den verschiedenen Formen der Weiterbildung im Erwachsenenalter. Der Bericht informiert auf der Grundlage von

Indikatoren über die aktuelle Situation im deutschen Bildungswesen, über seine Leistungsfähigkeit und seine Problemlagen. Im Rahmen einer vertiefenden Analyse zu Perspektiven des Bildungswesens im demografischen Wandel werden auch erste Ergebnisse der Bildungsvoraus-

berechnung der Statistischen Ämter des Bundes und der Länder vorgestellt.

Erarbeitet wurde der Bericht im Auftrag der Kultusministerkonferenz (KMK) und des Bundesministeriums für Bildung und Forschung (BMBF) von der Autorengruppe Bildungsberichterstattung, der auch die statistischen Ämter von Bund und Ländern angehören. Die Federführung lag beim Deutschen Institut für Internationale Pädagogische Forschung (DIPF).

Der Bildungsbericht und weiterführende Materialien sind unter [www.bildungsbericht.de](http://www.bildungsbericht.de) abrufbar.

Zu der Ärzteausbildung gibt es einen speziellen Beitrag im STATmagazin, dem Web-Magazin des Statistischen Bundesamtes, vom 11. Mai 2010 mit dem Titel „[Ab in die Schweiz? Ärzte im Wanderfieber](#)“.

Weitere Informationen erhalten Sie auch über unser [Kontaktformular](#) oder unsere [Ansprechpartner](#).

## Broschüre „Frauen und Männer in verschiedenen Lebensphasen“ erschienen



Im vergangenen Jahr wurde das Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland 60 Jahre alt. Laut Grundgesetz sind Männer und Frauen gleichberechtigt. Die Gleichstellung

der Geschlechter schreitet jedoch in verschiedenen Lebensbereichen unterschiedlich schnell voran.

Die Broschüre „[Frauen und Männer in verschiedenen Lebensphasen](#)“ enthält weitere Ergebnisse zur Bildung, zur Vereinbarkeit von Familie und Beruf oder zum Lebensunterhalt. Sie basiert überwiegend auf Daten des Mikrozensus, der größten jährlichen Haushaltsbefragung in Europa.

Weitere Auskünfte erhalten Sie über unsere Rufnummer 0611/75-8707 oder unser [Kontaktformular](#).

## Neue Veröffentlichung: Input-Output-Rechnung im Überblick

Die neue Publikation „Input-Output-Rechnung im Überblick“ erläutert in allgemein verständlicher Form das dazu bestehende Informationsangebot des Statistischen Bundesamtes sowie die Nutzungsmöglichkeiten und die wesentlichen methodischen Grundlagen. Damit ergänzt sie die Fachserie 18, Reihe 2, in der die Ergebnisse dieses

Teilbereichs der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen dargestellt werden.

Die verschiedenen Tabellen der Input-Output-Rechnung geben einen detaillierten Einblick in die Volkswirtschaft. Sie zeigen unter anderem die Güterströme des Produktionsprozesses, die Güterverwendung und die Entstehung von Einkommen.

Das erste Kapitel der Veröffentlichung gibt einen Überblick über die Grundgedanken und die Nutzung der Input-Output-Rechnung, ihre Entwicklung in Deutschland und ihre Verbindung mit den Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen. Kapitel 2 erläutert das Tabellenangebot der Input-Output-Rechnung des Statistischen Bundesamtes, also deren Inhalte und Zusammenhänge. Kapitel 3 informiert über wichtige methodische Konzepte, Berechnungsverfahren, die verwendeten Klassifikationen und die Publikationen des Statistischen Bundesamtes zur Input-Output-Rechnung. Der Tabellenanhang enthält die drei Input-Output-Tabellen sowie die Aufkommens- und Verwendungstabelle in einer zusammengefassten Güter- bzw. Bereichsgliederung für das Berichtsjahr 2006.

Die Veröffentlichung „Input-Output-Rechnung im Überblick“ kann im Publikationsservice des Statistischen Bundesamtes ([www.ec.destatis.de/publikationen](http://www.ec.destatis.de/publikationen), Suchwort: Input-Output-Rechnung) kostenlos als PDF-Datei heruntergeladen werden.

Weitere Auskünfte erhalten Sie über unsere Rufnummer 0611/75-2270 oder unser [Kontaktformular](#).

## Strategie und Planung, internationale Beziehungen, Forschung und Kommunikation

### Fachausschuss „Regionalstatistik“

Am 29. und 30. Juni 2010 fand erstmals nach längerer Zeit wieder ein Fachausschuss Regionalstatistik statt. Zahlreiche Vertreterinnen und Vertreter aus Politik, Wirtschaft und Wissenschaft sowie aus den statistischen Ämtern des Bundes, der Länder und Kommunen informierten sich über neue Entwicklungen auf dem Gebiet der Regionalstatistik.

Nach einer Begrüßung durch Präsident Egeler skizzierte Frau Ministerialdirektorin Beate Lohmann (BMI), Leiterin der Abteilung O „Verwaltungsmodernisierung, Verwaltungsorganisation“, zuständig unter anderem für Sta-



MinD'n Beate Lohmann (BM)

tistik und Geodäsie, Geoformationswesen und Kommunalwesen, in einem Impulsreferat den Gesamt-rahmen für die Bedeutung der Regionalstatistik und ihrer Neuordnung: Ausgehend von den Zielen der kürzlich ver-

abschiedeten europäischen Strategie „EUROPA 2020“ – einer modifizierten Fortführung der Lissabonstrategie 2000-2010 – benötige Deutschland für ein innovatives, nachhaltiges und ideenreiches Wachstum eine Kultur, die dafür die erforderlichen Informationen bereitstellt. Besondere Bedeutung komme dabei der amtlichen Statistik, dem größten Informations-Infrastrukturdienstleister in Deutschland, zu.

Zur Abschätzung der Chancen und Risiken der Globalisierung in Verbindung mit aktuellen Problemen wie der gegenwärtigen Wirtschafts- und Finanzkrise oder dem demografischen Wandel würden für Planungsprozesse, besonders in Politik und Wirtschaft, aktuelle vergleichbare und aggregierbare statistische Informationen immer wichtiger. Die Möglichkeiten der elektronischen Datenverarbeitung, des elektronischen Informationsaustauschs und neuer Formen der Kommunikation böten hier zahlreiche Ansatzpunkte für eine engere und effizientere Zusammenarbeit. eGovernment sei eine große Herausforderung auf allen föderalen Ebenen, um das breite und öffentlich zugängliche Informationsangebot bedarfsgerecht zu vermitteln. Zahlreiche Initiativen in Deutschland und Europa, wie der Aufbau eines deutschland- und europaweiten Geodatenportals oder Open Data, seien wichtige Meilensteine für eine transparentere und effizientere Verwaltung auf allen föderalen Ebenen. Innovative Kooperationsformen seien gefordert, um gemeinsam die großen Herausforderungen bewältigen zu können.

Anschließend wurden in zahlreichen Kurzvorträgen die Schwerpunkte regionalstatistischer Arbeiten in der Bundesstatistik, der Wissenschaft und Europa dargestellt und diskutiert. Ein Themenblock war dabei unterschiedlichen Möglichkeiten und Anwendungsbeispielen der Georeferenzierung statistischer Daten gewidmet. Die Kurzfassungen können unter [www.destatis.de](http://www.destatis.de) abgerufen werden.

In einer abschließenden Podiumsdiskussion mit Vertretern aus Europa, Bund, Ländern und Kommunen wurden die Schwerpunkte künftiger Arbeiten und die dafür notwendi-



v. l. n. r.: Dr. Gatzweiler (BBSR), Hr. Schulmeyer (Städtestatistik), Präsident Anding (Bayerisches LfStAD), Dr. Schäfer (Eurostat), Präsident Prof. Dr. Grünreich (BKG), Präsident Egeler (Destatis), Fr. von Oppeln-Bronikowski (Destatis), Hr. Ludwig (GDI-DE)

gen Rahmenbedingungen eingehender diskutiert. Als besonders wichtig werden erachtet

- eine erfolgreiche Durchführung der beiden Zensen, d. h. der Landwirtschaftszählung 2010 und des Zensus 2011.
- eine Bereitstellung von raumbezogenen statistischen Daten, um regionale Disparitäten besser erkennen zu können; genannt wurden vor allem Bereiche wie Bildung oder Preise.
- die Bereitstellung von Daten für funktionale Regionaltypen und Metropolregionen
- die Erarbeitung von Standards für abgestimmte Vorgehensweisen.
- eine engere Zusammenarbeit mit allen unmittelbaren und mittelbaren Akteuren, insbesondere der Geodäsie.

Da bisher nur die Landwirtschaftszählung eine Georeferenzierung vorsieht, soll durch eine BStatG-Änderung eine generelle Regelung für das gesamte bundesstatistische Datenangebot geschaffen werden.

In Anbetracht der Fülle der konkreten Vorschläge und immer knapper werdender Ressourcen wird – soweit möglich – eine sukzessive Vorgehensweise, beginnend mit einer Pilotierung, angeregt.

Von Seiten der Städtestatistiker wird gewünscht, die Zusammenarbeit mit den Statistischen Ämtern des Bundes und der Länder zu intensivieren und die Möglichkeiten für eine dauerhafte und institutionalisierte Beziehung zur Städtestatistik zu prüfen.

## Workshop „Zugang zu europäischen Mikrodaten“

Am 17./18. Juni 2010 richtete das Forschungsdatenzentrum gemeinsam mit Eurostat und dem Rat für Sozial- und Wirtschaftsdaten (RatSWD) den Workshop „Decentralised Access to European Microdata“ aus. Rund 50 Vertreterin-

nen und Vertreter der europäischen statistischen Ämter, sowie der empirisch ausgerichteten Wissenschaft besuchten die Veranstaltung.

Nach der Begrüßung durch Eckart Hohmann (RatSWD) wurde der erste Vortrag „Harmonisation and Improvements in European Data Access“ von Sibylle von Oppeln-Bronikowski (Statistisches Bundesamt) gehalten. Es folgten Beiträge von Rainer Muthmann und Jean Marc Museux (EUROSTAT). Nach der Mittagspause moderierte Luisa Franconi (ISTAT, Italien) den Themenblock „Decentralised Access to EU-Microdatasets“, bei welchem Maurice Brandt (Statistisches Bundesamt) und Richard Welpton (ONS – Office for National Statistics, Großbritannien) die Ergebnisse der kürzlich unter der Leitung von Destatis durchgeführten gleichnamigen Machbarkeitsstudie vorstellten.

Unter der Moderation von Jean Marc Museux (EUROSTAT) wurden zum Thema „Standardisation“ Beiträge von Anco Hundepool (CBS – Central Bureau of Statistics, Niederlande) und Stefan Bender (IAB – Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung) geliefert, die den Blick auf Harmonisierungsanforderungen im Europäischen Statistischen System richteten.

Der zweite Veranstaltungstag begann mit dem Thema „Researchers Needs and Ongoing Projects“. Unter Moderation von Denis Huschka (RatSWD) folgten Beiträge von Prof. Dr. Christof Wolf (GESIS – Gesellschaft sozialwissenschaftlicher Infrastruktureinrichtungen), Prof. Dr. Ralf Maiterth (Leibniz Universität Hannover) und Roxane Silberman (Réseau Quetelet und CESSDA – Council of European Social Science Data Archives). In diesem Block stellten erfahrene Datennutzerinnen und -nutzer ihre Anforderungen und Wünsche an einen verbesserten europäischen Mikrodatenzugang vor.

Sibylle von Oppeln-Bronikowski moderierte die Abschlussdiskussion „Development of the Long Term Vision“. Das Ergebnis dieser Runde, an der unter anderem Paul Jackson (ONS, Großbritannien) und Dr. Markus Zwick (Statistisches Bundesamt) teilnahmen, war die Zusammenfassung des Erfahrungsaustausches und die Einschätzung, dass sich die Forschungsdatenzentren als fester Bestandteil der europäischen Wissenschaftslandschaft etabliert haben.

## Internationale Daten zur Urbanisierung veröffentlicht

Die Stadtbevölkerung wird weltweit bis zum Jahr 2025 von heute 3,5 Mrd. Menschen auf voraussichtlich 4,5 Mrd. Menschen wachsen, während für die Landbevölkerung lediglich eine Zunahme von heute 3,4 Mrd. Menschen auf rund 3,5 Mrd. Menschen vorausgerechnet wird. Dies geht aus den jüngsten Projektionen der Vereinten Nationen hervor, die das Statistische Bundesamt anlässlich der EXPO (Exposition Mondiale) in Shanghai veröffentlicht hat.

Für „Megacities“ mit über 10 Mill. Einwohnern erwarten die Vereinten Nationen besonders starke Zunahmen: So soll beispielsweise die Zahl der Einwohner in der EXPO-Stadt Shanghai (1995: 10,2 Mill. Einwohner; 2010: 16,6 Mill. Einwohner) in den nächsten 15 Jahren um weitere 3,4 Mill. Menschen steigen. Südasiatische Städte, wie Delhi in Indien (Wachstum von 2010 bis 2025: + 6,4 Mill. Menschen) oder Dhaka in Bangladesch (+ 6,3 Mill. Menschen), werden laut Projektion noch schneller wachsen, aber auch Städte in Afrika, wie das kongolesische Kinshasa, dessen Bevölkerung von heute 8,8 Mill. Menschen auf voraussichtlich 15 Mill. Einwohner im Jahr 2025 ansteigen wird.

Größte Metropole der Welt bleibt das japanische Tokyo (Bevölkerung 1995: 33,6 Mill., 2010: 36,7 Mill., 2025: 37,1 Mill.). Die Einwohnerzahl von Deutschlands größter Stadt Berlin liegt dagegen beständig bei etwas unter 3,5 Mill. Das entsprach 1995 noch dem 59. Platz unter den weltweit größten Städten; 2010 belegt Berlin in dieser „Weltrangliste“ Rang 96, im Jahr 2025 wird es voraussichtlich nur noch Platz 127 einnehmen.

Hintergründe und weitere Daten zur globalen Städtestatistik stehen auf der englischsprachigen Webseite UN World Urbanization Prospects (<http://esa.un.org/>) zur Verfügung. Weitere Informationen zur internationalen amtlichen Statistik bietet das Statistische Bundesamt auf seiner Internetseite an ([www.destatis.de](http://www.destatis.de)).

Auskünfte erhalten Sie über unsere Rufnummer 0611/75-9442 oder unser [Kontaktformular](#).

## **Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen, Arbeitsmarkt, Preise**

### **40. Tagung des Arbeitskreises „Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen der Länder“**

Die 40. Tagung des Arbeitskreises „Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen der Länder“ fand vom 28. bis 29. April 2010 in Hannover statt.

Einen Schwerpunkt der 40. Tagung bildeten die Vorbereitungen zur Revision der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen (VGR) 2011. Der Arbeitskreis fasste Beschlüsse zur künftigen Methodik in Teilbereichen der Entstehungsrechnung und verständigte sich abschließend auf die Verteilung der Koordinierungsaufgaben ab der Revision 2011. Ergänzend zu den Beschlüssen der letzten Tagung, die die laufenden Berechnungen betrafen, legte sich der Arbeitskreis in seiner 40. Tagung auf die WZ-Umrechnungsmatrizen für die Rückrechnung der Ergebnisse fest.

Der Arbeitskreis verständigte sich auf einen Fixtermin (30.03.), an dem jeweils jährlich die Ergebnisse der ersten Fortschreibung des Bruttoinlandsprodukts bzw. der Bruttowertschöpfung sowie die Ergebnisse der überarbeiteten Vorjahre veröffentlicht werden. Gleichzeitig sollen an diesem Termin auch die Fortschreibungsergebnisse des Arbeitnehmerentgelts freigegeben werden. Im Rahmen der Arbeitnehmerentgeltberechnungen werden die Ergebnisse durch Synchronisierung der Teilergebnisse künftig weiter aufeinander abgestimmt.

Die 41. Tagung des Arbeitskreises „Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen der Länder“ wird der Landesbetrieb Information und Technik Nordrhein-Westfalen, Geschäftsbereich Statistik, ausrichten. Sie wird vom 27. bis 28. Oktober 2010 in Bonn stattfinden.

## **Unternehmensregister, Verdienste, Industrie, Dienstleistungen**

### **Fachausschuss „Statistik im Produzierenden Gewerbe“**

Im Mittelpunkt der Sitzung des Fachausschusses „Statistik im Produzierenden Gewerbe“ am 18. Mai 2010 stand ein Meinungsaustausch über eine sinnvolle Weiterentwicklung

des Programms der amtlichen Konjunkturstatistik. Der dramatische Einbruch in der wirtschaftlichen Entwicklung Ende 2008 hat deutlich gemacht, dass das aktuelle Datenangebot der amtlichen Konjunkturstatistik des Produzierenden Gewerbes nicht ausreicht, um das wirtschaftliche Geschehen in solch außergewöhnlichen Zeiten befriedigend zu erklären. So büßte der Index des Auftragseingangs im Verarbeitenden Gewerbe zeitweise seine Funktion als wichtigster Vorlaufindikator für die Produktion ein, weil ein Großteil der erteilten Aufträge auf dem Höhepunkt der Krise aufgrund von Stornierungen wieder in den Auftragsbüchern der Unternehmen gestrichen werden musste und sich damit nicht in der Produktion niederschlug. Zu diesem Meinungsaustausch hatte das Statistische Bundesamt zusätzlich als Gäste auch weitere Konjunkturexperten aus Ministerien, Verbänden, Unternehmen und dem Deutschen Institut für Wirtschaftsforschung (DIW Berlin) eingeladen.

In der Diskussion sprach sich die deutliche Mehrheit der Anwesenden für die Ergänzung des Programms der Konjunkturstatistik um die Merkmale „Stornierungen“ und „Auftragsbestand“ aus. Entsprechende Informationen seien für die Analyse der Konjunktur von erheblichem Nutzen und würden gerade in Krisenzeiten fundiertere Einschätzungen ermöglichen. Dabei werde die Mehrbelastung der Unternehmen durch den zusätzlichen Nutzen der Informationen mehr als überkompensiert. Allerdings sollten entsprechende Angaben nicht flächendeckend über alle Wirtschaftszweige hinweg erhoben werden, da die Bedeutung des Auftragsbestandes nicht in allen Branchen gleich groß sei. Das Statistische Bundesamt wurde gebeten, in diesem Zusammenhang weitere Untersuchungen durchzuführen und darauf aufbauend ein Konzept für die Erfassung der Merkmale „Stornierungen“ und „Auftragsbestand“ zu entwickeln, das dann dem Statistischen Beirat in seiner Tagung im Juni 2011 zur Diskussion vorgelegt werden kann.

Zu Beginn der Sitzung war zunächst ein Resümee der umfassenden Umstellung der Statistiken im Produzierenden Gewerbe auf die neuen Klassifikationen (WZ 2008 und GP 2009) und das neue Basisjahr 2005 gezogen worden. Die Mitglieder des Fachausschusses dankten den statistischen Ämtern für die frühe Einbindung in die Vorbereitung der Umstellung, für die umfassenden Informationen über die Auswirkungen der Klassifikationsänderungen und für die termingerechte Bereitstellung aller Daten in neuer Wirtschaftszweig- bzw. Produktgliederung.

Ferner wurde über den Stand der Arbeiten bei der Erhebung zum Ad-hoc-Modul „Zugang zu Finanzmitteln“ informiert, das seine rechtliche Grundlage in der Strukturverordnung der EU hat. Die Ergebnisse der Erhebung werden gerade angesichts der jüngsten Probleme auf den Finanzmärkten mit großem Interesse erwartet. Außerdem wurden erste Ergebnisse der Statistik über die InwardFATS vorgestellt. Die FATS-Verordnung (Foreign Affiliated Statistics) vom 20. Juni 2007 schreibt Statistiken über ausländisch kontrollierte Unternehmenseinheiten in Deutschland (InwardFATS) sowie über Unternehmen im Ausland unter deutscher Kontrolle (OutwardFATS) vor.

Zur Reform der Unternehmensstatistik wurde über das abschließende Ergebnis der Untersuchung „Stichprobe versus Abschneidegrenze“ berichtet. Ziel der Untersuchung war es festzustellen, ob es sinnvoll ist, den Monatsbericht im Verarbeitenden Gewerbe von einer Erhebung mit Abschneidegrenze auf eine Stichprobenerhebung umzustellen. Es zeigte sich, dass die Umstellung auf ein Stichprobenverfahren in der Gesamtheit nicht zu besseren Ergebnissen führen würde als das bisherige Verfahren, so dass für den Monatsbericht im Verarbeitenden Gewerbe die Vollerhebung mit Abschneidegrenze beibehalten werden sollte. Der Fachausschuss unterstützt das Vorhaben des Statistischen Bundesamtes, künftig auch bei anderen Unternehmensstatistiken, z. B. im Bereich des Handels oder des Ausbaugewerbes, entsprechende Untersuchungen durchzuführen, um das Erhebungsverfahren zu optimieren.

Darüber hinaus informierte das Statistische Bundesamt über seine Arbeiten zur Berücksichtigung des Ausbaugewerbes bei der Ermittlung des Produktionsindexes für das Baugewerbe. Nach der Konjunkturverordnung der EU besteht die Verpflichtung, monatlich einen Produktionsindex für das gesamte Baugewerbe an Eurostat zu liefern; Deutschland übermittelt hier bislang einen Index, der nur die Entwicklung des Bauhauptgewerbes wiedergibt. Diese ist aber nicht mehr repräsentativ für das Baugewerbe insgesamt, weil sich das Ausbaugewerbe zunehmend von der Errichtung von Neubauten abgekoppelt hat. Da für das Ausbaugewerbe keine monatlichen Daten vorliegen, sucht das Statistische Bundesamt hier nach Ersatzlösungen. Ein abschließendes Ergebnis konnte noch nicht erzielt werden, so dass die Untersuchungen zunächst fortgeführt werden sollen. Nach Meinung des Fachausschusses wird das aktuelle Angebot an Konjunkturdaten für das Ausbaugewerbe der Bedeutung dieses Wirtschaftsbereiches nicht

gerecht. Wünschenswert sei auch hier eine monatliche Erhebung. Das Statistische Bundesamt wurde gebeten, bei den Untersuchungen, die im Rahmen der Reform der Unternehmensstatistik vorgesehen sind, hierzu geeignete, belastungsarme Konzepte zu entwickeln.

Weitere Themen waren die durch die Neufassung der EU-Strukturverordnung erforderlich gewordene Erhebung der Investitionen in immaterielle Vermögensgegenstände und die vorgesehene Neufassung des Verwaltungsdatenverwendungsgesetzes. Letzteres ermöglicht den auf diesem Gebiet bereits erreichten Bürokratieabbau langfristig zu sichern und die Möglichkeit weiterer Verwaltungsdatenverwendungen zu prüfen.

Weiterführende Auskünfte erhalten Sie über unser [Kontaktformular](#).

## Arbeitskosten und Lohnnebenkosten 2009

Arbeitgeber zahlten im Jahr 2009 in der deutschen Privatwirtschaft im Durchschnitt 30,90 Euro für eine geleistete Arbeitsstunde. Im europäischen Vergleich lag das Arbeitskostenniveau in Deutschland damit auf Rang acht. Dänemark wies mit 37,40 Euro die höchsten, Bulgarien mit 2,90 Euro die niedrigsten Arbeitskosten je geleistete Stunde auf.

Die Branche mit den höchsten Arbeitskosten in Deutschland war im Jahr 2009 die Energieversorgung (50,30 Euro). Am wenigsten kostete eine Arbeitsstunde mit 16,10 Euro im Gastgewerbe.

Für alle Wirtschaftsabschnitte des Produzierenden Gewerbes und des Dienstleistungsbereichs können Zeitreihen für das deutsche Arbeitskostenniveau ab dem Jahr 1996 kostenfrei über die Tabelle Arbeitskosten je geleistete Stunde (62431-0001) in der Datenbank [GENESIS-Online](#) abgerufen werden.

Weitere Auskünfte erhalten Sie über unsere Rufnummer 0611/75-9442 oder unser [Kontaktformular](#).

## Gesundheit, Soziales, Bildung, Private Haushalte

### Workshop „Indikatorensysteme der Gesundheitsberichterstattung“

Für eine aussagekräftige und handlungsorientierte Gesundheitsberichterstattung, die darüber hinaus noch der Erfolgskontrolle gesundheitspolitischer Maßnahmen dienen soll, ein durchdachtes und abgestimmtes Indikatorensystem bereitzustellen, ist eine der wichtigsten, aber auch schwierigsten Aufgaben der zuständigen Statistiker.

Um die Bedarfe und Anforderungen an ein Indikatorensystem der Gesundheitsberichterstattung aus den unterschiedlichen Perspektiven von Praxis, Politik, Verwaltung sowie Wissenschaft und Forschung zu diskutieren, hatte das Statistische Bundesamt Vertreterinnen und Vertreter der Gesundheitsberichterstattung aus Bund, Ländern und Kommunen vom 19. bis 20. April 2010 zu einem Workshop „Indikatorensysteme der Gesundheitsberichterstattung“ nach Bonn eingeladen. Die Beiträge der rund 30 Teilnehmerinnen und Teilnehmer, unter denen auch das Bundesministerium für Gesundheit, die Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung und Mitarbeiter eines Forschungsprojektes des Mannheimer Instituts für Public Health vertreten waren, gaben Einblicke in den Stand und die Entwicklung von Indikatoren der Gesundheitsberichterstattung, die Erwartungen an solche Indikatoren, aber auch in die Grenzen ihrer Darstellung.

Der erste Tag war der Gesundheitsberichterstattung der Kommunen, der Länder und des Bundes gewidmet. Die gemeinsame Grundlage in diesem Bereich bildet der Indikatorensatz der Arbeitsgemeinschaft der Obersten Landesgesundheitsbehörden (AOLG) aus dem Jahr 2003, der in elf Themenfelder gegliedert insgesamt knapp 300 Bundes- und Länderindikatoren sowie sogenannte Kernindikatoren umfasst.

Einleitend berichtete das Statistische Bundesamt, dass bei der Darstellung des AOLG-Indikatorensatzes im Informationssystem der Gesundheitsberichterstattung des Bundes (IS-GBE) auf [www.gbe-bund.de](http://www.gbe-bund.de) in den letzten Monaten große Fortschritte erzielt wurden, sodass nunmehr der größte Teil des Indikatorensatzes in der vorgegebenen Strukturierung im IS-GBE verfügbar ist.

Ein Beispiel für die zeitgemäße Darstellung des AOLG-Indikatorensatzes in einem Bundesland gab Helmut Rick

vom Ministerium für Arbeit, Soziales, Gesundheit, Familien und Frauen in Rheinland-Pfalz in seinem Beitrag „Gesundheitsberichterstattung online des Landes Rheinland-Pfalz“. Die Darstellung des Indikatorensatzes wird hier in Zusammenarbeit mit dem Statistischen Landesamt umgesetzt, wodurch erhebliche Ressourcen eingespart werden. Die Indikatoren sind zusätzlich illustriert und in einigen Themenbereichen werden Links auf Tabellen im IS-GBE genutzt, was den laufenden Aktualisierungsaufwand deutlich reduziert.

Berichte der Teilnehmer zum Stand der Darstellung des AOLG-Indikatorensatzes in ihrer Kommune bzw. ihrem Land machten den allgemeinen Trend deutlich, Gesundheitsindikatoren zu visualisieren, damit sich die Inhalte leichter erfassen lassen. Insgesamt 14 der 16 Bundesländer pflegen zumeist umfangreiche Indikatorendarbietungen im Internet, wobei die Daten überwiegend auch zur weiteren Bearbeitung als Excel-Tabellen auf dem eigenen Computer gespeichert werden können. Einige Bundesländer stellen auch kurze inhaltliche Analysen zu einzelnen Indikatoren bereit.

Im Mittelpunkt der Diskussionen stand das Spannungsfeld zwischen einer möglichst umfassenden Darstellung der vorhandenen Gesundheitsindikatoren, mit dem Nachteil, dass eine solche Fülle von Einzelindikatoren für die Nutzer schwer überschaubar ist, und einer Reduktion auf wenige Indikatoren, die allerdings mit Informationsverlusten einhergeht. Dieses Thema soll in die zuständige AOLG-Arbeitsgruppe Gesundheitsberichterstattung, Prävention, Rehabilitation und Sozialmedizin eingebracht werden.

Mit dem Projekt I2SARE (Health Inequalities Indicators in the Regions of Europe), das Daniela Krämer (Landesgesundheitsamt Baden-Württemberg) und Dr. Wolfgang Hellmeier (Landesinstitut für Gesundheit und Arbeit des Landes Nordrhein-Westfalen (LIGA)) am zweiten Tag vorstellten, soll die gesundheitliche Ungleichheit in den Regionen Europas mithilfe von Gesundheitsindikatoren dargestellt werden. Um den politischen Entscheidungsträgern Informationen für die Gesundheitspolitik zu geben, wurden Gesundheitsprofile für 265 Regionen der Europäischen Union erstellt. Den Kern der Gesundheitsprofile bilden 37 Indikatoren, die für jede Region jeweils auf einer Seite im europäischen sowie im nationalen Vergleich tabellarisch und grafisch dargestellt werden. Darüber hinaus werden vier ausgewählte Indikatoren in kartografischen Darstellungen visualisiert. Um den Vergleich zwischen den Regionen bzw. Ländern zu erleichtern, sind sowohl die Texte der

Zusammenfassungen als auch die Typologisierungen sprachlich normiert. Die Teilnehmerinnen und Teilnehmer des Workshops zeigten sich von diesem ambitionierten europäischen Vorhaben sehr beeindruckt. Anknüpfend an die Diskussion vom Vortag ist das Projekt I2SARE ein Beispiel dafür, wie mit wenigen zentralen Indikatoren die gesundheitliche Lage in unterschiedlichen Regionen vergleichbar beschrieben werden kann. Allerdings steht auch dieses Vorhaben vor der Schwierigkeit, dass wichtige Gesundheitsindikatoren – etwa belastbare Daten zur Morbidität – teilweise entweder nicht flächendeckend vorliegen oder zum Beispiel aus Abrechnungsdaten stammen und damit für epidemiologische Fragestellungen nur begrenzte Aussagekraft haben.

Anschließend berichtete Michael Cordes vom Statistischen Bundesamt über die Datenlieferungen an das Statistische Amt der Europäischen Gemeinschaften (Eurostat), die Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) sowie die Weltgesundheitsorganisation (WHO). Da sich diese inzwischen zu einem umfangreichen Arbeitspaket ausgeweitet haben, ist es notwendig, diese Anforderungen zu vereinheitlichen. Auch die Aufgaben der Eurostat-Gremien wurden dargestellt, wie beispielsweise die Indikatorensätze und die methodischen Grundlagen weiterzuentwickeln und sicherzustellen, dass die internationalen Klassifikationen einheitlich verwendet werden.

Zum Abschluss des Workshops bot das Statistische Bundesamt im PC-Pool „Tipps und Tricks“ für die praktische Handhabung des IS-GBE an.

Als Fazit der Diskussionen über Stand und Perspektiven von Indikatorensystemen der Gesundheitsberichterstattung lässt sich festhalten, dass mittlerweile die meisten Bundesländer umfangreiche Darstellungen des komplexen AOLG-Indikatorensatzes in ihren Internetangeboten vorhalten. Dies werteten alle Teilnehmerinnen und Teilnehmer als großen Erfolg. Um diese Angebote nutzerfreundlicher zu gestalten, sollen unter anderem verstärkt die Möglichkeiten der Visualisierung genutzt werden, um damit komplexe Sachverhalte eingängiger darzustellen.

Weitere Auskünfte erhalten Sie über unsere Rufnummer 0611/75-8177 oder unser [Kontaktformular](#).

## Ausgaben für Gesundheit 2008

Die Ausgaben für Gesundheit betragen in Deutschland im Jahr 2008 insgesamt 263,2 Mrd. Euro. Sie stiegen gegenüber dem Vorjahr um 9,9 Mrd. Euro oder 3,9 %. Auf jeden

Einwohner entfielen damit Ausgaben in Höhe von rund 3 210 Euro (2007: 3 080 Euro). Die Gesundheitsausgaben entsprachen 10,5 % des Bruttoinlandsproduktes.

Die Gesundheitsausgabenrechnung erfasst neben den relevanten Ausgaben der gesetzlichen Krankenversicherungen auch alle weiteren gesundheitsbezogenen Aufwendungen, die von anderen Ausgabenträgern wie beispielsweise den privaten Krankenversicherungen oder den privaten Haushalten selbst geleistet werden. Größter Ausgabenträger im Gesundheitswesen waren im Jahr 2008 die gesetzlichen Krankenversicherungen. Sie trugen mit 151,5 Mrd. Euro rund 57,5 % der gesamten Gesundheitsausgaben. Auf private Krankenversicherungen entfielen im Jahr 2008 gut 9,5 % der Gesundheitsausgaben.

Detaillierte Informationen und lange Zeitreihen zu den Gesundheitsausgaben sind kostenfrei in der Datenbank [GENESIS-Online](#) über die Tabellen zur Gesundheitsausgabenrechnung (23611) abrufbar. Diese und viele weitere gesundheitsbezogene Daten finden sich auch im Internet unter der Adresse <http://www.gbe-bund.de/>.

Ein spezieller Themenbeitrag des STATmagazins, dem Web-Magazin des Statistischen Bundesamtes, vom 2. Juni 2010 mit dem Titel [„Nichtraucher auf dem Vormarsch – Gesundheitsschutz hat Vorrang“](#) thematisiert den Tabakkonsum in Deutschland.

Weitere Auskünfte erhalten Sie über unsere Rufnummer 0611/75-8161 oder unser [Kontaktformular](#).

## 20 Jahre Kinder- und Jugendhilfegesetz

Aus Anlass des 20. „Geburtstages“ der amtlichen Statistik zum Kinder- und Jugendhilfegesetz in diesem Jahr veranstaltete die Dortmunder Arbeitsstelle für Kinder- und Jugendhilfestatistik (AKJ) am 6. und 7. Mai 2010 in der Technischen Universität Dortmund eine Fachtagung, bei der sich etwa 120 Teilnehmerinnen und Teilnehmer in acht verschiedenen Foren mit den unterschiedlichsten Fragestellungen zur Statistik der Kinder- und Jugendhilfe beschäftigten.

Die Arbeitsstelle für Kinder- und Jugendhilfestatistik besteht seit 1995 und hat seither in enger Zusammenarbeit mit dem Statistischen Bundesamt die Ergebnisse der Kinder- und Jugendhilfestatistik in der Fachwelt verbreitet und bei zahlreichen Änderungen der statistischen Erhebungen fachkundige Unterstützung geleistet. Der Leiter der Arbeitsstelle für Kinder- und Jugendhilfestatistik, Prof. Dr.

Thomas Rauschenbach, ist seit 2002 Direktor des Deutschen Jugendinstituts (DJI) in München. In seinem Einleitungsvortrag zeichnete er die Geschichte der Kinder- und Jugendhilfestatistik in den vergangenen 20 Jahren nach und betonte die Bedeutung, die die Erhebung im Laufe dieser Zeit gewonnen hat. Unter anderem sei dies an dem Erfolg abzulesen, den die statistischen Daten in der Fachpraxis, aber auch in der Öffentlichkeit und in den Medien zu verbuchen haben. Neben der Bilanz über die Entwicklungen der vergangenen 20 Jahre wurden bei der Tagung auch konkrete Weiterentwicklungsbedarfe in dieser Statistik aufgezeigt.

### **Modellrechnung zum Ausbaubedarf bei Kindertagesbetreuung in den Ländern bis 2013**

Im Westen Deutschlands besteht bis zum Jahr 2013 ein zusätzlicher Betreuungsbedarf für rund 320 000 Kinder unter drei Jahren. Dies geht aus einer neuen Modellrechnung des Statistischen Bundesamtes für die einzelnen Bundesländer hervor. Die Modellrechnung beruht auf den Ergebnissen der Statistik zur Kindertagesbetreuung 2009 und den Ergebnissen der mit den Statistischen Ämtern der Länder koordinierten [12. Bevölkerungsvorausberechnung](#) des Statistischen Bundesamtes.

Nach den Ergebnissen der 12. koordinierten Bevölkerungsvorausberechnung (Variante 1-W1 – Untergrenze der „mittleren“ Bevölkerung) werden zum Jahresende 2012 insgesamt knapp 2 Mill. Kinder unter drei Jahren in Deutschland leben, davon 1,6 Mill. im früheren Bundesgebiet (ohne Berlin-West) und 282 000 in den neuen Ländern (ohne Berlin-Ost).

Wenn die Betreuungsquoten in den westdeutschen Bundesländern auf jeweils 35 % steigen und die Zahl der betreuten Kinder in den neuen Bundesländern und in Berlin konstant bleibt, erhöht sich bundesweit die Betreuungsquote bis zum Jahr 2013 insgesamt sogar auf 37,3 %. Dies bedeutet, dass infolge der jetzt schon relativ hohen Betreuungsquoten im Osten und in Berlin das bundesweite Betreuungsziel von 35 % auch dann erreicht werden kann, wenn in einigen westdeutschen Ländern das anvisierte Ziel unterschritten wird.

Weitere Auskünfte erhalten Sie über unsere Rufnummer 0611/75-8167 oder unser [Kontaktformular](#).

### **Organisatorische Änderungen im Statistischen Bundesamt**

Der seit über einem Jahrzehnt andauernde Stellenabbau hat dazu geführt, dass die seit der Deutschen Einheit im Wesentlichen unverändert gebliebene Organisationsstruktur des Statistischen Bundesamtes einer Anpassung bedurfte. Bei sinkender Beschäftigtenzahl entsprachen die bestehenden Leitungsspannen nicht mehr in allen Fällen den Vorgaben des BMI.

Im vergangenen Jahr hat das Statistische Bundesamt daher einen umfassenden Reorganisationsprozess in Gang gesetzt, der in enger Abstimmung mit den Abteilungsleitungen geplant wurde. Die Gremien des Amtes und die Beschäftigten wurden kontinuierlich über den jeweiligen Sachstand informiert.

Das zuständige Ressort (BMI) hat den organisatorischen Änderungen im Mai d. J. zugestimmt.

Die Änderungen traten zum 1. Juli 2010 in Kraft.

Mit der Reorganisation wurden u. a. folgende Ziele verfolgt:

- Die Organisationseinheiten sollten sich hinsichtlich ihrer Personalstärken nicht mehr so gravierend wie bisher unterscheiden und im Regelfall die Mindestleitungsspannen-Vorgaben des BMI erfüllen.
- Das Aufgaben- und Verantwortungsspektrum der Führungsfunktionen sollte amtsweit angeglichen werden.
- Die Organisationsstruktur wurde angepasst an die fachlichen, arbeitsorganisatorischen und methodischen Entwicklungen der vergangenen Jahre durch Schaffung eines zukunftsfähigen Arbeitsmodells.

Bei der Reorganisation mussten eine Reihe von Rahmenbedingungen beachtet werden:

- Bei der Umorganisation wurde nicht das Aufgabenprogramm des Amtes verändert.
- Die bisherigen Standorte Wiesbaden, Bonn und Berlin mussten in ihrer Größe und Struktur bestehen bleiben.
- Mit der Reorganisation sollte grundsätzlich kein Personalwechsel zwischen den Standorten verbunden sein.
- Die Zweigstelle Bonn war weiterhin von einer Zweigstellenleitung und zwei Abteilungsleitungen mit Dienstsitz in Bonn zu führen.
- Die dreigliedrige Führungs- bzw. Leitungsstruktur – Abteilungsleitungen, Gruppenleitungen und Referatsleitungen – sollte erhalten bleiben.

- Die Vorgaben des Bundesministeriums des Innern zu Mindestleitungsspannen für Gruppen- und Referatsleitungen waren einzuhalten.

Zu den wesentlichen Änderungen der Organisationsstruktur gehören der Wegfall einer Abteilungsfunktion und die Reduzierung der Gruppenleitungsfunktionen von 38 auf 24.

Wie dem Organigramm auf S. 21 entnommen werden kann, ändern sich die Abteilungs- und Gruppenbezeichnungen, was den Umstieg erleichtern und Verwechslungen mit alten Bezeichnungen vermeiden helfen soll.

Als weitere, wichtige Änderungen sind u. a. zu nennen:

- Die bisherige Abteilung Z war schon vor geraumer Zeit angereichert worden um den neuen Arbeitsbereich der Bürokratiekostenmessung nach dem Standardkostenmodell. Sie bleibt vom Aufgabenzuschnitt unverändert. In der neuen Abteilung A ist die Verwaltung in zwei Gruppen organisiert.
- Das Aufgabenspektrum der Abteilung B entspricht dem der alten Abteilung I. Die Aufgaben der internationalen Koordinierung werden nun in einer Gruppe gebündelt, ebenso die Veröffentlichungen und die Presse- und Öffentlichkeitsarbeit. Der i-Punkt Berlin bleibt aufgrund seines besonderen Status (Repräsentanz in der Hauptstadt) eine eigenständige Arbeitseinheit.
- Statistische Methodik und IT finden sich in Abteilung C wieder. IT-Entwicklung und IT-Nutzerservice wurden in einer Einheit zusammengefasst. Damit sind alle IT-Aufgaben mit starker Ausrichtung auf die Auftraggeber bzw. Nutzer in einer Gruppe zusammengefasst. Der UHD und die Desktopbetreuung aus der bisherigen Gruppe II D (beide Aufgaben haben Infrastrukturnatur) reichern die bisherige Gruppe II B „IT-Infrastruktur, -Produktion“ an.
- Vor dem Hintergrund der Schaffung vergleichbarer Abteilungsgrößen und bestehender fachlicher Bezüge wurde die Preisstatistik der ehemaligen Abteilung III (jetzt Abteilung D) zugeordnet, die als Schwerpunkt ihrer Aufgaben die Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen verantwortet.
- In Abteilung E werden weitgehend die Unternehmensstatistiken gebündelt. Die Dienstleistungsstatistik (bisher Teil der Abteilung VII), die Verkehrsstatistik und die Verdienststatistik (beide bisher Teile der Abteilung V) gehören nun zur Abteilung E. In E 1 sind alle übergreifenden Arbeiten der Unternehmensstatistik gebün-

delt, in E 2 alle Erhebungen im Produzierenden Gewerbe, in E 3 der gesamte Dienstleistungsbereich.

- Der Zensus wird wie bisher in einer eigenen Gruppe betreut. Der Mikrozensus wurde mit den Bevölkerungs- und Migrationsstatistiken in einer Gruppe vereint. Dies hat erhebliche Vorteile, weil der Auftraggeber BMI seine wesentlichen Statistiken nun in einer Abteilung wiederfindet. Die Gruppe Finanzen und Steuern runden das Aufgabengebiet der Abteilung F ab.
- Abteilung G (mit Leitung der Zweigstelle Bonn) behält unverändert die Zuständigkeit für die Landwirtschaftsstatistik. Die Umweltstatistik wurde mit der Umweltökonomischen Gesamtrechnung (bisher Abteilung III) verzahnt. (Eurostat hat sich so organisiert und auch der Statistische Beirat hatte bereits im Juni 2009 den Facharbeitskreis UGR aufgelöst und in den Fachausschuss Umwelt integriert.) Die Abteilung G in Bonn verlor zwar die Zuständigkeit für die Dienstleistungsstatistiken, erhält aber nunmehr die volle Verantwortung für die Außenhandelsstatistik; die Außenhandelsstatistik unterhält in der Zweigstelle bereits jetzt ein großes Referat mit rund 100 Beschäftigten.
- Die bisherige Abteilung VIII in Bonn verlor die Zuständigkeit für den Mikrozensus, angebunden wurde dort aber die bisherige Gruppe VI B „Bildung, Forschung und Entwicklung, Kultur“. Weiterhin wurden die Gruppen Gesundheit und Soziales zu einer Gruppe zusammengeführt.

Die Referate werden als kleinste Organisationseinheiten im Organisationsplan ausgewiesen.

Allen Mitgliedern des Statistischen Beirates wurde ein solcher Organisationsplan zugesandt.

## Personalnachrichten

### Statistischer Beirat

Ministerialdirektorin Beate Lohmann vertritt als Nachfolgerin von Dr. Markus Kerber das Bundesministerium des Innern im Statistischen Beirat.

## Statistisches Bundesamt

Zu Regierungsdirektorinnen/Regierungsdirektoren wurden ernannt:

- Oberregierungsrätin Christiane Rosenow, Referatsleiterin im Referat A 303 „Aufwandsermittlung, Kostenschätzung (Standort Bonn)“,
- Oberregierungsrätin Susanne Hagenkort-Rieger, Referatsleiterin im Referat B 305 „Redaktion von Veröffentlichungen“,
- Oberregierungsrätin Rita Bolleyer, Referatsleiterin im Referat D 105 „Investitionen in Bauten und nach Wirtschaftsbereichen“,
- Oberregierungsrätin Dr. Oda Schmalwasser, Referatsleiterin im Referat D 108 „Vermögensrechnung“,
- Oberregierungsrat Dr. Stefan Linz, Referatsleiter im Referat D 306 „Methoden und Kommunikation in der Preisstatistik“,
- Oberregierungsrat Elmar Wein, Referatsleiter im Referat E 301 „Binnenhandel und Gastgewerbe“,
- Oberregierungsrat Stefan Dittrich, Referatsleiter im Referat F 308 „Lohn- und Einkommensteuer“,
- Oberregierungsrat Michael Cordes, Referatsleiter im Referat H 103 „Gesundheitsbezogene Rechensysteme“.

Diplom-Ingenieurin Susanne Schepp wurde mit der Wahrnehmung der Aufgaben einer Referatsleiterin in der Gruppe A 1-PG „Gesamtsanierung“ beauftragt.

M.A. Simone Koll, mit der Wahrnehmung der Aufgaben einer Referatsleiterin im Referat B 105 „Bilaterale und internationale Kooperation, Sprachendienst, ESTP, Auslandsdienstreisepanung“ betraut, wurde zur Referatsleiterin ernannt.

Regierungsrat Thorsten Tümmeler wurde mit der Wahrnehmung der Aufgaben eines Referatsleiters im Referat E 204 „Produktion der Industrie; Europäische ‚PRODCOM‘-Statistik; Fachstatistiken“ beauftragt.

Regierungsdirektor Johann Rehm, Leiter der ehemaligen Gruppe VI C „Öffentliche Haushalte und Unternehmen“ (gehört jetzt zu Gruppe F 3 „Finanzen und Steuern“) wurde mit Ablauf des Monats April 2010 in den Ruhestand versetzt.

## Statistisches Landesamt Baden-Württemberg

Regierungsdirektor Dr. Helmut Laun – bisher Leiter des Referats 12 „Organisation, Innerer Dienst, Haushalt, Controlling“ – wurde am 16. Juni 2010 zum Leiter der Abteilung 5 „Finanzen und Steuern, Preise und Verdienste, Soziale Sicherung“ bestellt.

Organigramm

Stand: 01. Juli 2010 Aktenzeichen: A101/13010011-Plan

**Präsident  
Roderich Egeler**

**Vizepräsident  
Peter Weigl**

Bundeswahlleiter

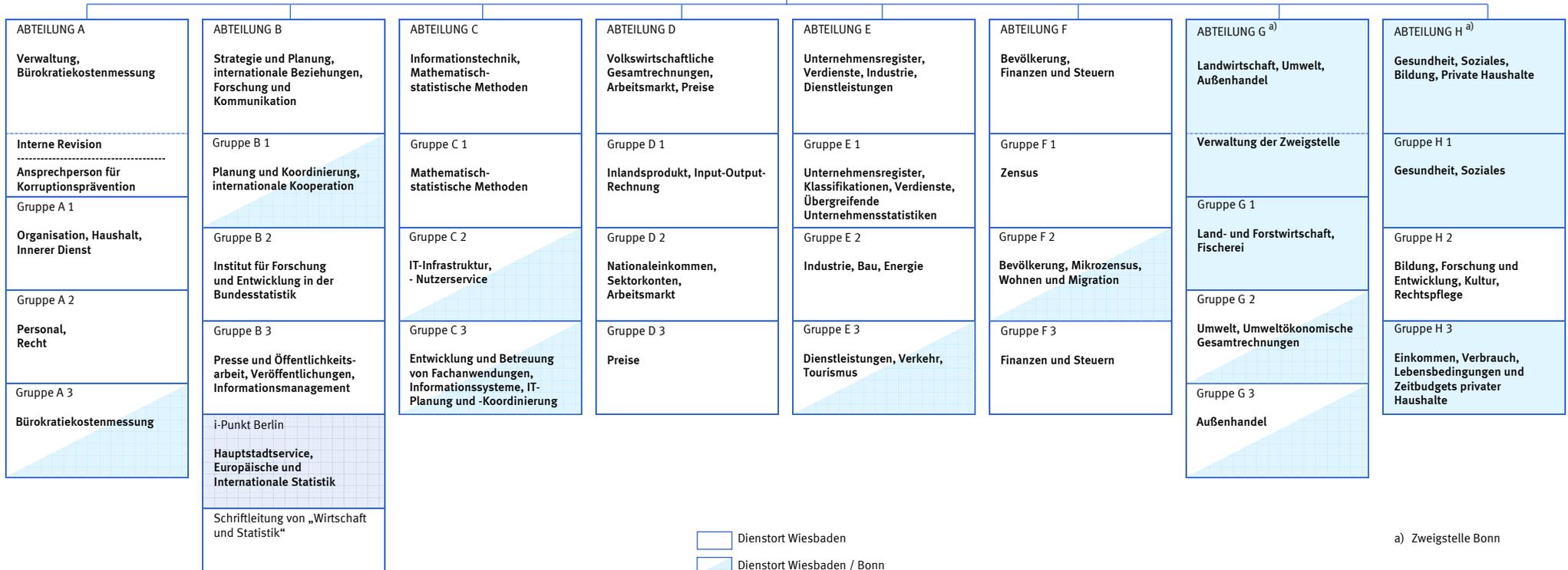
Wahlen

Allgemeine Verbindung zum Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung

Personalvertretungen  
Gesamtpersonalrat  
Örtlicher Personalrat Wiesbaden  
Örtlicher Personalrat Zweigstelle Bonn

Gleichstellungsbeauftragte  
Gesamtvertrauensperson/  
Vertrauensperson

Datenschutzbeauftragter  
IT-Sicherheitsbeauftragter



- Dienort Wiesbaden
- Dienort Wiesbaden / Bonn
- Dienort Bonn
- Dienort Berlin

a) Zweigstelle Bonn

## Tagungskalender

Tagungstermin	Tagungsort	Tagung
<b>Tagungen im Zeitraum April bis Juni 2010*</b>		
14./15. April 2010	Wiesbaden	Referentenbesprechung „Verkehrsstatistik“
14./15. April 2010	Wiesbaden	Referentenbesprechung „Zensus 2011“
19./20. April 2010	Wiesbaden	Referentenbesprechung „Unternehmensregister“
19. - 21. April 2010	Bonn	Referentenbesprechung „Umweltstatistik“
20./21. April 2010	Wiesbaden	Referentenbesprechung „Laufende Bevölkerungsstatistiken“
20./21. April 2010	Wiesbaden	Referentenbesprechung „Rechtspflegestatistik“
21./22. April 2010	Erfurt	Arbeitskreis „Erwerbstätigenrechnung des Bundes und der Länder“
27./28. April 2010	Bonn	Referentenbesprechung „Wirtschaftsrechnungen privater Haushalte“
28./29. April 2010	Hannover	Arbeitskreis „Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen der Länder“
3./4. Mai 2010	Wiesbaden	Referentenbesprechung „Statistik im Bergbau und Verarbeitenden Gewerbe“
4./5. Mai 2010	Wiesbaden	Referentenbesprechung „Handwerk“
6./7. Mai 2010	Wiesbaden	Referentenbesprechung „Energiestatistik“
10. - 12. Mai 2010	Stuttgart	Amtsleitertagung
18. Mai 2010	Wiesbaden	Fachausschuss „Statistik im Produzierenden Gewerbe“
18. - 20. Mai 2010	Neuseddin	Facharbeitskreis „Verfahrensfragen der Bodennutzungs- und Erntestatistik“
1./2. Juni 2010	Wiesbaden	Arbeitskreis „Fragen der mathematischen Methodik“
15. Juni 2010	Wiesbaden	Statistischer Beirat

---

\* Bei den Referentenbesprechungen handelt es sich um Arbeitsgremien der Statistischen Ämter des Bundes und der Länder.

Tagungstermin	Tagungsort	Tagung
15./16. Juni 2010	Wiesbaden	Referentenbesprechung „Schulstatistik“ und Referentenbesprechung „Berufsbildungsstatistik“
16./17. Juni 2010	Bonn	Referentenbesprechung „Sozialhilfestatistik“ und Referentenbesprechung „Wohngeldstatistik“
22./23. Juni 2010	Erfurt	Arbeitskreis „Informationstechnik“
29./30. Juni 2010	Wiesbaden	Fachausschuss „Regionalstatistik“
30. Juni/1. Juli 2010	Bonn	Referentenbesprechung „Agrarstatistiken“

#### Tagungen im Zeitraum Juli bis Dezember 2010\*

6./7. Juli 2010	Wiesbaden	Referentenbesprechung „Zensus 2011“
14. - 17. September 2010	Nürnberg	Statistische Woche
21./22. September 2010	Bonn	Referentenbesprechung „Statistik des Gesundheitswesens“
21. - 23. September 2010	Schwerin	Arbeitskreis „Presse, Publikationen, Marketing“
21. - 23. September 2010	Bonn	Referentenbesprechung „Mikrozensus“
28./29. September 2010	Wiesbaden	Referentenbesprechung „Erwerbstätigkeit/Arbeitsmarkt“
4./5. Oktober 2010	Wiesbaden	Referentenbesprechung „Zensus 2011“
6./7. Oktober 2010	Stuttgart	Arbeitskreis „Erwerbstätigenrechnung des Bundes und der Länder“
Anfang Oktober 2010	Wiesbaden	Referentenbesprechung „Finanz- und Personalstatistik“
11. - 14. Oktober 2010	München	Statistische Woche
12./13. Oktober 2010	Wiesbaden	Referentenbesprechung „Preisstatistik“
13./14. Oktober 2010	Wiesbaden	Referentenbesprechung „Verdienste und Arbeitskosten“

---

\* Bei den Referentenbesprechungen handelt es sich um Arbeitsgremien der Statistischen Ämter des Bundes und der Länder.

<b>Tagungstermin</b>	<b>Tagungsort</b>	<b>Tagung</b>
25./26. Oktober 2010	Wiesbaden	Referentenbesprechung „Insolvenz- und Überschuldungsstatistik“
26. Oktober 2010	Wiesbaden	Referentenbesprechung „Berufsbildungsstatistik“
26./27. Oktober 2010	Bonn	Referentenbesprechung „Kinder- und Jugendhilfestatistik“
26. - 28. Oktober 2010	Bonn	Referentenbesprechung „Wirtschaftsrechnungen privater Haushalte“
27./28. Oktober 2010	Bonn	Arbeitskreis „Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen der Länder“
27./28. Oktober 2010	Wiesbaden	Referentenbesprechung „Erhebungen im Baugewerbe, Bautätigkeitsstatistiken“
4./5. November 2010	Wiesbaden	Referentenbesprechung „Energiestatistik“
5. November 2010	Wiesbaden	Ausschuss „Hochschulstatistik“
9./10. November 2010	Wiesbaden	Amtsleiterkonferenz
9./10. November 2010	Wiesbaden	Referentenbesprechung „Gewerbeanzeigen“
9./10. November 2010	Wiesbaden	Referentenbesprechung „Laufende Bevölkerungsstatistiken“
10./11. November 2010	Wiesbaden	Referentenbesprechung „Unternehmensregister“
15./16. November 2010	Wiesbaden	Referentenbesprechung „Statistik im Bergbau und Verarbeitenden Gewerbe“
23./24. November 2010	Bonn	Referentenbesprechung „Umweltstatistik“
24./25. November 2010	Wiesbaden	Referentenbesprechung „Handelsstatistik“ und Referentenbesprechung „Tourismusstatistik“
November 2010	Wiesbaden	Referentenbesprechung „Steuerstatistik“
30. November/ 1. Dezember 2010	Wiesbaden	Arbeitskreis „Informationstechnik“